

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Verlagspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bez. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Verzögerung der Post, welche keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2013 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 11 mm breite Zeile 60 Pf., die 10 mm breite Zeile 50 Pf.; außerhalb: 70 Pf. bez. 1.00 M. Ausland 2. — bez. 4. — M. Abat. lt. Tarif. Sonderbelegen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 371

Mittwoch, 11. August 1920.

74. Jahrgang

Die Beschlüsse von Hythe.

Wz. Amsterdam, 10. Aug.

Der „Telegraaf“ erzählt aus Göttinge von gut unterrichteter Seite, es bestehe Grund zur Annahme, daß die Alliierten beschließen hätten, Polen durch Munitionslieferungen und möglicherweise durch eine Maßnahme zur See zu unterstützen, nicht aber durch die Entsendung von Truppen. Die Konferenz zwischen den russischen und polnischen Vertretern werde am Mittwoch in Warschau stattfinden. Amerikaner und Russen würden in London bleiben, um die englische Regierung über die Besprechungen in Warschau auf dem Laufenden zu halten.

Wz. Paris, 10. Aug.

Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Göttinge: Die beiden Ministerpräsidenten hatten die Anwesenheit von Gen. Smetana nach Warschau, jedoch würden die Zwangsmaßnahmen nicht zur Anwendung gelangen, bevor nicht den Bolschewiken eine letzte Gelegenheit gegeben wird, ihre angebliche Abhängigkeit zu beweisen. Am Mittwoch wird in Warschau die erste Zusammenkunft der russischen und polnischen Unterhändler stattfinden. Wenn die Bolschewiken Polen Bedingungen anbieten würden, die die territoriale Integrität und seine politische Unabhängigkeit antasteten, so wird die Haltung der Alliierten notwendigerweise dadurch beeinflusst werden. Als Maßnahme soll nach dem Berichterstatter die effektive Blockade Russlands namentlich im Baltischen Meer in Aussicht genommen sein. Amerika und die Russen benachbarten neutralen Staaten, wie Schweden, Norwegen und Dänemark, würden aufgefordert werden, keine Produkte, Nahrungsmittel und Munition nach Russland zu senden. Möglicherweise würden die Alliierten auch Deutschland zur Mitarbeit auffordern, um Russland auch von der Landseite her zu isolieren.

Erklärungen im englischen Unterhaus.

Wz. London, 10. Aug.

Ueber die russische Angelegenheit wurden zahlreiche Fragen an Bonar Law gerichtet. Dieser gab bekannt, der Premierminister werde morgen eine Erklärung abgeben. Es bestehe nicht die mindeste Gefahr, daß das Haus einem Krieg gegenüberstehe, ohne daß vorher nicht genügend Gelegenheit zur Erörterung der Lage gegeben sei. Glynne meinte, ob dies so anzunehmen sei, daß keine Vorbereitungen für feierliche Maßnahmen getroffen würden. Bonar Law entgegnete, das hänge davon ab, was man unter solchen Maßnahmen verstände.

In Erwiderung auf eine andere Anfrage bemerkte Bonar Law, der Premierminister lege in den letzten Wochen ausdrücklich dar, daß wir unsere gegenwärtigen Schritte aus Überlegung nicht unternehmen, daß die Bolschewiken die Unabhängigkeit Polens vernichten könnten und um unser Möglichstes zu tun, für Polen vernünftige Friedensbedingungen zu erhalten.

Kurs nach Osten.

Wz. London, 10. Aug.

Über zwei englische Kreuzer und vier Zerstörer eingetroffen und man nimmt an, daß sie in den nächsten Tagen nach dem Baltischen Meer in See gehen werden.

Die letzte Antwortnote Russlands an England.

London, 9. Aug.

Die russische Mission in London veröffentlicht eine an die englische Regierung gerichtete Note, welche die sofortige Waffenruhe ablehnt. Die Note lautet: Sobald Polen die Waffenstillstandsbedingungen annimmt, die sich in der Hauptsache mit der Herabsetzung der Streitkräfte befassen, wird der Rückzug der russischen Truppen auf die vom Obersten Rat am 3. Dezember 1918 bestimmte Demarkationslinie, die neuerdings von Lord Curzon in einer an die Alliierten gerichteten Note vom 20. Juli wiederholt wurde, vorgelegt werden, vorausgesetzt, daß die Verbündeten und insbesondere Frankreich sich verpflichten, das Vorgehen gegen die russische Armee sofort einzustellen und gegen Mährenland an seiner Stelle der Grenze weiter voranzumarschieren, um auf die russischen Truppen irgendeinen Druck auszuüben, ferner die Armee des Generals Wrangel aus der Krim zurückzuführen.

Russlands grundsätzliche Bedingungen.

Wz. Amsterdam, 10. Aug.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, wenn Polen den auf der Konferenz in Warschau gestellten Friedensbedingungen nicht im Voraus zustimme, so würden die Waffenstillstandsbedingungen sehr streng sein. Wenn Polen sich dagegen den Vorbedingungen unterwerfe, würden die Waffenstillstandsbedingungen nicht hart sein. Die grundsätzlichen Bedingungen, welche Polen vorgelegt würden, seien folgende:

1. Das polnische Heer wird auf Friedensfuß gebracht.
 2. Polen nimmt kein Kriegsmaterial irgendwelcher Art von den Entente-Mächten an.
 3. Die russische Regierung wird dafür der polnischen versprochen, daß Polen gültigere Grenzen erhalte, als die durch den Obersten Rat festgelegt.
- Weitere Bedingungen sind nach dem Blatt: Freier Handelsverkehr durch Polen und Amnestie für politische Verbrechen.

Die Ver. Staaten gegen Polen.

Wz. Paris, 10. Aug.

Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Washington wird als Ergebnis der Beratung im Weißen Hause, an der Wilson, Staatssekretär Coghie und die Unterstaatssekretäre Davis und Bainbridge teilgenommen haben, eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird, die russische Armee sei nicht bolschewistisch, sondern eine russische Armee, deren Generalsstabchef Brusilow, einer der bedeutendsten Offiziere des alten Regimes, sei. Die Russen verfolgten keine territorialen Eroberungen und man müsse annehmen, daß sie die Souveränität Polens nicht antasteten wollten. Die Amerikaner wünschten die russische Armee sicherzustellen, bis die russische Volk seine inneren Angelegenheiten geordnet habe. Dadurch hofften die Amerikaner, die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Russland zu beschleunigen.

Das Blatt schreibt zum Schluß, daß alle die Vereinigten Staaten gegen Polen Stellung genommen hätten.

Wz. Rotterdam, 1. Aug.

Nach einer Meldung aus Los Angeles erhielt der amerikanische Gesandte in Polen, der sich in Los Angeles in Urlaub befindet, vom Staatsdepartement die Anweisung, auf seinen Posten zurückzukehren.

Kurze Meldungen.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Danzig berichtet, daß dort aus Warschau und anderen polnischen Großstädten viele Flüchtlinge eintreffen, die sich dem Militärdienst entziehen wollen.

Die „Gaz. Warsz.“ meldet, ist der Fernsprechverkehr von Privatpersonen und Privatunternehmen im gesamten Gebiet des polnischen Staats einschränkt worden.

Der Papst fordert in einem Schreiben den Kardinalvikar von Rom auf, alle Gläubigen für die Rettung Polens beten zu lassen.

Aus Warschau erhält der Mailänder „Corriere della Sera“ eine Schilderung über den Verweilungsstand der Polen, der ein kleines ansehnliches Bild entnommen sei. Danach warf nach dem Aufruf der Regierung an das Volk zum Verweilungsstand bis auf Weiteres das Kommando alle Reservisten in die Schlacht. In aller Eile zusammengetrommelte Verbände ohne tragende Weichen und Munition. Die Fronten waren in der Schlacht. Ein Gang an die Front genötigt, um sich von der Forderung der Verbände zu überzeugen. Man sieht Männer auf offener Straße vor Erschöpfung zusammenbrechen. Den kämpfenden Soldaten haben sich auch Frauen, Knaben und Greise, mit Säcken, Senfen und Steinen bewaffnet, angeschlossen. Die Schlacht hat den Höhepunkt der Krise erreicht.

Ein deutsches Generalkonsulat in Posen.

Der deutsche Generalkonsul Dr. Stoppe hat seine Tätigkeit in Posen aufgenommen. Das Konsulat ist zuständig für das ganze ehemalige deutsche Gebiet des polnischen Staats.

Der Streik im Saarland.

Die Trierer Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten haben beschlossen, dem an sie gestellten Antrag auf Eintreten in einen Sympathiestreik zugunsten der Beamtenvereinigungen im Saargebiet nicht Folge zu leisten. Die Franzosen lassen zwischen Trier und Saarbrücken durch ihre Feldbahnfahrzeuge fahren, die die einzelnen Stationen, ohne zu halten, passieren. In Trier liegen hunderte von Reisenden auf dem Bahnhof, die wegen der Einstellung des Zugverkehrs ihre Reise nach Saarbrücken nicht fortsetzen können und auch in den Hotels kein Unterkommen finden. Die Jäger nach dem Saargebiet verkehren nur bis Trarbach. Für Automobiltransporte von Trier nach Saarbrücken werden 1500 Mark und mehr geboten.

Deutschlands Vertretung in Georgien.

Zur amtlichen Vertretung des Deutschen Reiches bei der Republik Georgien ist Herr v. Druffel berufen worden, der bereits in Tiflis einetroffen ist. Die deutsche Regierung schlug vor, die deutsch-georgischen Beziehungen entsprechend der gegenwärtigen Lage durch einen alsbald abzuschließenden Vertrag zu regeln. Die Republik Georgien liegt am Südrand des Kaukasus, zwischen dem Schwarzen und dem Kaspiischen Meer.)

Aus Irland.

Wz. London, 10. Aug.

Der Postzug Queenstown-Cork ist gestern Abend durch bewaffnete Männer in der Gegend von Queenstown aufgehalten und der Postzug sowie sämtliche Postkassen für das Meer und die Marine verbrannt worden. Am Samstag arrierten neun Volkstoten bei Quiddorren in der Grafschaft Cork in einen Hinterhalt. Fünf Volkstoten wurden verwundet und sämtliche Volkstoten hielten ihre Waffen und Ausrüstungsgegenstände ein. Bei einem Anmarsch auf drei Volkstoten, der von dreizehn bewaffneten Personen in Kalarcan in der Grafschaft Donegal ausgesetzt wurde, wurde ein Volkstot schwer verwundet. Die Anreißer nahmen den Volkstoten die Revolver und Waffenträger ab. Der Sinnenformkommandant Thomas Oates von der 3. Cork-Brigade der irischen republikanischen Armee und sein Quartiermeister wurden gefangen genommen. Dadurch verloren die Sinnfeinde in Westcork zwei hervorragende Führer.

Das Entwaffnungsgesetz und sein Zustandekommen.

Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.
II.)

In den parlamentarischen Kämpfen um den Entwurf des Gesetzes haben die Unabhängigen von Anfang an an das Gesetz grundsätzlich abgelehnt und bekämpft. Sie gingen so weit, trotz der Abmachungen von Spa seine Notwendigkeit zu bestritten und erklärten ihre Taktik, nach verhältnismäßig sachlicher Verhandlung im Ausschuss, über Dauerreden in der zweiten Beratung zu Demonstrationen in der dritten Beratung. Mit Recht ist ihnen von allen abtrünnigen Parteien immer wieder vorgehalten worden, daß sie durch dieses Theater im Parlament und außerhalb nur ihre wahren Absichten verheimlichen wollten, die Waffen, die sich in ihren Kreisen befinden, nicht herauszugeben.

Alle anderen Parteien haben positive Mitarbeit zur Ausföhrung des von ihnen als notwendig anerkannten Gesetzes, selbstverständlich in verschiedener Stärke und nach mannigfachen abweichenden Richtungen, geleistet. Die untrübsamen Gegenstände waren die Vollmachten des Reichskommissars und die Entwaffnung der Einwohnerwehren und sonstigen Selbstschutzorganisationen.

1. Der Reichskommissar.

a) Sozialdemokratische und deutschnationale Volkspartei wandten sich im Ausschuss zunächst gegen die Befugnis des Reichskommissars, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen außerhalb der durch die Strafprozeßordnung gezogenen Grenzen anzuordnen sowie das Volk, Briefe, usw. Geheimnisse aufzuheben. Gegen die letztere wandte sich auch die Deutsche Volkspartei. Nachdem die Regierung die Notwendigkeit von Durchsuchungen und Beschlagnahmungen außerhalb des Rahmens der Strafprozeßordnung dargelegt hatte, ließen die Sozialdemokraten und die deutschnationale Volkspartei ihren Widerspruch fallen. Der Widerspruch gegen die Aufhebung des Briefs, usw. Geheimnisses blieb aber bestehen. Schließlich wurde diese Bestimmung des Entwurfs von sämtlichen Parteien abgelehnt.

b) Nach dem Regierungsentwurf sollte der Reichskommissar auch das Recht haben, die Abgabe eideschattlicher Versicherungen über den Besitz oder den Verbleib von Militärwaffen allgemein oder im Einzelfalle zu verlangen. Diese aus dem bisherigen gesetzlichen Rahmen herausfallende Maßnahme moralischer Druckmittel, die nach der Lage der Verhältnisse nur eine einseitige Maßnahme hatte, wurde von der deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum heftig bekämpft, während hegeleinerweise der Vertreter der Unabhängigen seine Freude über diese Bestimmung des Entwurfs unverhohlen ausdrückte. Die Grände der Wehrer führten zunächst zu der Einschränkung, daß die eideschattliche Versicherung nur über Waffenbesitzungen und Waffenlager verlangt werden sollte, und schließlich zur Aufnahme der weiteren Einschränkung, daß der Reichskommissar nur innerhalb der Abwehrungs- oder Aufrechterhaltung der Abgabe eideschattlicher Versicherungen verlangen dürfe. Mit diesen Beschränkungen war die Bestimmung für das Zentrum und die Deutsche Volkspartei annehmbar. Die deutschnationale Volkspartei lehnte sie aber auch in dieser Abmilderung aus grundsätzlichen Bedenken ab.

c) Der Vater“ des parlamentarischen Beirates ist der Abgeordnete Röhde von der deutschnationalen Volkspartei. Nachdem er in der ersten Lesung den Gedanken einmal aufgeworfen hatte, war die nachträgliche Ablehnung durch die deutschnationalen Vertreter im Ausschuss wirkungslos. Die Sozialdemokraten griffen den Gedanken auf und forderte die Einsetzung eines parlamentarischen Beirates, der nicht nur grundlegende Ausführungsbestimmungen, sondern auch alle wichtigen Exekutivmaßnahmen des Reichskommissars genehmigen müßte. Die Unabhängigen wollten ihn darüber hinaus noch zur Beschwerdeinstanz für das ganze Verfahren machen. Es gelang, die Kompetenz des Beirates für Beschwerden und Genehmigung von Exekutivmaßnahmen auszuscheiden. Alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei erklärten sich schließlich damit einverstanden, daß der parlamentarische Beirat seine Genehmigung an grundlegenden Ausführungsbestimmungen und nur zu diesen zu erteilen hätte. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine Überforderung dieser Grenzen des Beirates und einen Einmarsch in die Exekutive des Reichskommissars unter keinen Umständen dulden würden. In der Tat ist die schwierige Aufgabe des Reichskommissars mit dem Übergang eines parlamentarischen Beirates nicht durchzuführen, ganz abgesehen davon, daß dieser nicht zu einem händigen Herd für Kritik und zu einer Quelle von Informationen über die zur Entwaffnung beabsichtigten Schritte für die Unabhängigen werden darf.

2. Die Einwohnerwehren und sonstigen Selbstschutzorganisationen.

Nach dem Regierungsentwurf hatte der Reichskommissar das Recht, Ausnahmen von der Abwehrungsobliegenheit zu bestimmen und besondere Organisationen zur Durchführung seiner Maßnahmen zu schaffen. Hier setzen die Unabhängigen und die Sozialdemokraten ein, um das Gesetz in erster Lesung gegen die Einwohnerwehren usw. zu richten. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch nach ihrer Auffassung das Endergebnis der Ausföhrung des Dictates von Spa darin bestehen werde, daß nur noch die Reichswehr und die Berufspolizei mit Militärwaffen versehen werden dürfen. Sie haben

*) Bergr. Nr. 300 der „Wiesbadener Zeitung“.

aber verlanat, daß auf die nun einmal bestehenden Gefühle „bürgerlicher“ Kreise Rücksicht genommen werde, und daß unter keinen Umständen nur oder auch zunächst nur die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen entworfen werden dürfen, die Entwaffnung der Kommunisten und anderer radikaler Kreise aber nicht oder zuletzt durchzuführen würde. Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen über diese Frage endeten damit, daß die angeführten Bestimmungen des Realisationsentwurfs gestrichen wurden, und daß aus außenpolitischen Gründen in einem besonderen Absatz 2 des § 1 festgesetzt wurde, nur die Reichswehr und die in Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenchaft wäre von der Ablieferung der Waffen befreit.

III.

Das Gesetz ist nur ein Mantelgesetz. Es beschränkt sich auf Aufstellung der wichtigsten Grundzüge. Viel wird es auf die Ausführungsbestimmungen und noch mehr auf die Ausführung selbst ankommen. Sie wird regional verschieden, zeitlich abgestuft sein, zugleich vorsichtig und energisch vorgehen, auf die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen den Satz 2 des § 1, nach welchem zunächst nur eine Ausrüstung der Militärrückstellungen zu erfolgen hat, anwenden, sorgfältige Aufklärung der öffentlichen Meinung in allen Stadien des Verfahrens eintreten lassen müssen usw.

Die Durchführung des Gesetzes wird durch die starke parlamentarische Mehrheit, mit der überraschenderweise das Gesetz in dritter Lesung angenommen worden ist, erleichtert. Die Regierung darf sich diese Annahme als einen außen- und innenpolitisch nicht unwichtigen Aktivposten buchen. Die Deutsche Volkspartei hat das größte Gewicht darauf gelegt, daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Deutschen Nationalen dem Gesetz zustimmen könnten. Sie hat deshalb in dauernder Fühlung mit den Vertretern der Deutschen Nationalen Volkspartei gehalten. Trotzdem nicht alle Wünsche der Deutschen Nationalen Volkspartei erfüllt werden konnten, hat dennoch die Mehrheit ihrer Abgeordneten aus innen- und außenpolitischen Gründen zugestimmt. Die etwa zwölf Abgeordneten umfassende Minderheit, welche dagegen stimmte, gruppiert sich um die Abgeordneten v. Graefe und Röske.

Die Befriedigung darüber, daß das Reichsgesetz an der Spitze des Entwaffnungsgesetzes vorbeigestrichen werden konnte, darf nicht darüber täuschen, daß in unserem Innern das Gefühl der Schmach über den nicht zu unterbindenden Tiefstand der Unfreiheit weiterbrennen wird, in die uns die Entwaffnungsaktion des Feindbundes hineinzwingt. Sie darf uns auch nicht dazu verleiten, anzunehmen, daß nun auch die Entwaffnung selbst glatt vonstatten gehen werde. Die innen- und außenpolitische Lage ist so gespannt, daß dadurch die Entwaffnungsaktion aufs tiefste beeinflusst werden muß.

Radikalisierung der Unabhängigen.

Innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie Mitteldeutschlands geht seit Wochen der Kampf, ob man die wirtschaftliche Revolution, die Verwirklichung des Sozialismus, mit Hilfe der Gewerkschaften oder durch eine selbständige Arbeiterorganisation erreichen solle. In einem Rededuell, das in Halle a. d. S. im Volkspark vor einer Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der revolutionären Betriebsräte und der Betriebsräte der Betriebe von Halle und Umgebung zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneten Dismann und dem Reichstagsabgeordneten K. v. N. stattfand, wurde der Streit ausgetragen. Dismann nahm es als Aufgabe der Gewerkschaften für sie in Anspruch, die Umstellung des Wirtschaftslebens zum Sozialismus vorzunehmen. Wirtschaftliche Kämpfe seien ohne Unterbrechung der Gewerkschaften nicht möglich, auch keine Generalstreiks. Die Gewerkschaften wollen im Sinne der Unabhängigen arbeiten, aber diese Partei dürfe ihnen nicht vorschreiben, was sie tun sollen. Er schloß drohend: „Wenn der nächste Parteitag trotzdem uns an der Partei hinauswerfen will, in der wir Heimatrecht haben, so wäre das die Zerrüttung unserer Stellung in den Gewerkschaften. Noch nicht die Hälfte der deutschen Gewerkschaftsmittelglieder hat am 6. Juni den Stimmzettel einer revolutionären Partei in die Urne geworfen. Wer erkämpft den Betriebsräten ihre Rechte? Nur die Gewerkschaften allein mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen!“ Aber Dismann, der wegen seiner radikalen Gesinnung erst auf dem letzten Metallarbeiterverbandstag Vorsitzender des Verbandes geworden war, als eine revolutionäre Mehrheit dort über die gemäßigtere Richtung die Oberhand bekam, unterlag diesmal dem noch radikaleren Gegner Koenen. Koenen trat für den Aufbau einer völlig selbständigen Betriebsräteorganisation als Voraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Rätekommunismus ein. Die Gewerkschaften will er nur noch untergeordnete Aufgaben zuweisen. Der geplante Anschluß der Partei an die Dritte Internationale entscheide sich über weiteres den Streit zu ungunsten der Gewerkschaften. Vergebens beteuerte Dismann: „Die Dritte Internationale ruft zur Verfolgung der Gewerkschaftsinternationale auf: das dürfen wir nicht mitmachen. Wir lassen die Gewerkschaften nicht zerreißen.“ Mit über zweidrittelmehrheit wurde die Unterdrückung der Gewerkschaften und dafür selbständige Arbeiterorganisation beschlossen.

Jubiläum!

Nemur von Margaret Laube.

71. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten).

Ein ganz Junger, Starker steht wartend da und schaut sehnsüchtig auf den Platz dort oben — er hatte alle Schwungkraft der Jugend — und alle heißen Träume der Jugend — und vielleicht hat er ein beiseitiges Herz und der Ruhm verdrängt ihn nicht ... vielleicht ...

Darfst du diesem Strebenden, Jugendjüngling den Platz dort oben fortnehmen, kraft deines alten Rufes, der noch nicht erloschen ist? Kannst du es verantworten, nach allem, was du erlebt und getan? —

Die Sonne sankelte immer durchdringender auf Albin Waldis morgenmüden, in dem hellen Schein grau schimmernden Kopf herunter ... sie zeigte ihm die weißen, erkerbenden Lippen und freudliche mit grauem Bartlicht mahnend über seine mageren, müden Hände ...

Und der vergangene Abend versank wie eine aufgewallte Wolke, der das Abendrot mit seinem vergoldenden Licht einen trügerischen Schein von jungem Leben verliehen hat ...

Albin Waldis ging noch einmal um die Ecke des roten Gebäudes herum bis zu der Tür, die zum Geschäftsräum führte; dort sah er zu den mit grünen Vorhängen verhängten Fenstern hinauf ... dann schloß er ganz leise ein müdes, kluges und schönes Lächeln ...

Ein kleiner Bursche, der an ihm vorbeilaufen wollte, wurde von ihm herausgewinkt, er mußte mit einer kurzen Botschaft in das Haus hineinlaufen. Als er zurückkam, nickte der Wartende ihm langsam und freundlich zu.

Dann ging er langsam den Weg zurück, den er gekommen war ...

Als er seine Wohnung wieder erreicht hatte, schritt er nach kurzem Sägen an ihr vorbei; nun wollte er vollenden was er begonnen hatte. Er ging bis zur Sebalbus-

Erlesenes.

Freilich bin ich kein Freund des revolutionären Bößes, der auf Raub, Mord und Brand ausgeht. ... Ich hasse jeden gewalttätigen Umsturz, weil dabei ebensoviele Gutes vernichtet, als gewonnen wird.

Goethe zu Erdmann.

Spannung zwischen Amerika und Japan.

Am 10. Aug. Der „Cassern Service“ meldet aus Tokio: Der Bruch zwischen der amerikanischen und der japanischen Schifffahrt ist endgültig. Japan ist nur bereit, die Tarife in Uebereinstimmung mit den amerikanischen Tarifen unter gewissen Bedingungen zu erhöhen. Die Amerikaner haben die Botschaften abgelehnt und sich freie Hand vorbehalten.

Indianertruppen in Mexiko.

mz. Rotterdam, 10. Aug.

Die der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Mexiko (Stadt) meldet, in eine Truppenmacht von 3000 Indianern nach Niederkalifornien abgesandt worden, um die Aufstandsbewegung zu unterdrücken.

Brasilien.

Die „Times“ vom 7. August meldet aus Rio de Janeiro, die Senatskommission habe die Aufhebung des Dekrets von 1890, das die Verbannung der kaiserlichen Familie, ausprobiert, beschlossen. Das einzige noch lebende Mitglied der kaiserlichen Familie ist Prinzessin Adelaide, eine Tochter Pedro II., die mit einem Prinzen von Orleans verheiratet ist.

Italien und Griechenland.

Paris, 9. Aug. (Havas.)

In der Frage des Dodekanes wurde zwischen der italienischen und der griechischen Regierung eine Vereinbarung abgeschlossen, die am morgigen Dienstag zu gleicher Zeit mit dem türkischen Vertrag unterzeichnet werden wird.

Der „Temps“ berichtet, daß gemäß den kürzlich zwischen Italien und Griechenland getroffenen Vereinbarungen die zwölf kleinen Inseln des Dodekanes unter griechische Oberhoheit kommen würden. Bezüglich Rhodus soll eine Volksabstimmung stattfinden, falls England den Bewohnern von Gubern erlauben würde, sich mit Griechenland zu vereinigen. Die Inseln, in der die Volksabstimmung stattfinden soll, ist von fünf zu fünf Jahren festgesetzt. (2) Die Ausführungsbestimmungen für die Volksabstimmung werden im voraus durch die morgen zu unterzeichnende Vereinbarung bestimmt.

Griechenland verleiht der italienischen archaischen Schule von Athen das Recht, Ausgrabungen auf der Insel Kos zu machen. Wegen Smyrnas enthält die Vereinbarung keine Bestimmungen.

Athen, 9. Aug.

Der griechische Generalstabbericht vom 7. August besagt: Die Division von Alvali hat mit einer Abteilung der zweiten Division und der Division Magnesia die Verfolgung des Feindes in der Richtung auf Demerbi-Simas aufgenommen. Demerbi wurde am Abend des 4. August besetzt. Der Feind floh nach Norden und wird von unseren Abteilungen in der Richtung auf Simas verfolgt.

Wiederintrafreten von Vorkriegsverträgen.

Berlin, 9. Aug.

Die französische und die belgische Regierung haben der deutschen Regierung gegenüber erklärt, daß sie gemäß Artikel 288 des Friedensvertrages im Allgemeinen Interesse an der Ausführung folgender Vertragsgruppen bestehen: 1. Gesellschaftsverträge, 2. Verträge, die sich auf den Familienstand beziehen, 3. unentgeltliche oder entgeltliche Verträge, die Minderjährige oder Unterhaltungsgegenstände betreffen, 4. Verträge, die irgendeine Freigabe betreffen.

Sowohl die französische wie die belgische Regierung erklärten ferner, innerhalb der im Artikel 288 des Friedensvertrages vorgesehene Frist von sechs Monaten nach dem Intrafreten des Vertrages alle nicht unter die obigen Vertragsgruppen fallenden Verträge mitzuteilen, die sie aufrechtzuerhalten wünschen.

Es handelt sich hier um die Bestimmungen des Artikels 289 des Versailler Vertrags, laut welchem jede der Entente-regierungen Deutschland die gegenseitigen Vereinbarungen oder Verträge angeben kann, deren Wiederintrafreten gegenüber Deutschland die betreffenden Mächte fordern. Das Datum der Notifizierung ist das Datum des Wiederintrafretens.

Kirche; in dem roten Häutchen, das sich neben den hohen, grauen Bau schmiegt, wohnte der Pfarrer. Dort trat er ein. Als Albin nach einer halben Stunde wieder durch das Gärthchen ging, waren seine müdlichen Augen wieder von einem tiefen warmen Licht erfüllt.

Mariannette sollte nicht mehr mit müdem Köpfchen am Abend heimkehren, von Schmerzen geplagt, die ihrer Jugend fremd sein mußten: — Kläre sollte ausruhen vom Nähen und Waschen und all der rührenden, großen Frauenarbeit, die sie für ihn getan hatte, viele Jahre hindurch ...

Darum brauchte er nicht Kapellmeister der Volkskonzerte zu werden, das konnte er den beiden auch schaffen, wenn er Organist in Sankt Ewaldus war ...

Er lächelte in wilder, nicht schmerzender Begeisterung vor sich hin während er durch den Kirchenanger zurückwanderte: der letzte Anruf der Welt war über ihn dahingegangen ... nun würde es still um ihn werden ... nun war das für immer vorbei ...

Was ihm geblieben war von seiner Kunst, das konnte er hier so gut verwalten wie dort — auch in der Kirche warteten viele Mühselige und Traurige auf sein Lied ... das er ihnen, ungelesen und ungenannt, zutragen lassen durfte!

Und ein anderer, jüngerer — Hanns Nicolai — würde drohen am „Brunnengarten“ in der Frühlingssonne die Klänge seines Orchesters über den buntenwimmelnden Garten hinstreuen lassen ...

Und wenn er sein Herz erproben wollte, so würde er einmal im nächsten Jahre hinausgehen am Sonntag, und den Taktstock in der Hand des andern sehen —

Und sein Herz würde nicht aufschreien. Er hatte ja auch gelebt — einst — in Glück und Kampf gelebt — und was nun kam, waren die stillen Tage des Alters. —

Langsam wurde es Abend. Wie eine Blase, gläserne

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. August.

Die Unterschiede in den Fischpreisen.

Wir veröffentlichen verschiedentlich zum Vergleich die Preise, die in Berlin für Seefische im Kleinhandel gefordert werden. Abgesehen von der naturgemäß billigeren Frucht sind Gründe vorhanden, die diese Unterschiede erklären. Dies geht aus der „Deutschen Fischereizeitung“ hervor, die uns aus Interessententreffen zur Verfügung gestellt wird. Zur Aufklärung der Leserchaft veröffentlichen wir aus dem nachstehenden folgende Sätze: Die Zeitung schreibt am 17. Juli:

Die gegenwärtig an der Tagesordnung stehende Reisezeit der Berliner gibt den Anlaß dazu, daß einmal der Verbrauch an Seefischen, besonders in so großer Wärme, wie wir sie in der letztvergangenen Woche hatten, unbedeutend ist, und andererseits, daß Berlin, was die Niedrigkeit der Fischpreise betrifft, an der Spitze markiert, also die Preise hier ohne große Ausnahmen billiger sind als an den Hauptplätzen. Daß dieser Zustand nichts weniger als erfreulich auf die deutschen Exporteure wirkt, liegt auf der Hand, vielmehr verbietet sich für die Vorkünder der Export, und für die Unvorsichtigen bedeutet er nicht unbedeutende Verluste. Jedenfalls hat der Verlauf der ersten Woche bewiesen, daß die große Hoffnung auf den Erfolg der Freigabe sich keineswegs verwirklicht hat. Besonders gilt das für die Holländer, deren Preise beim Beuge annähernd das Dreifache des hiesigen Preises darstellten. Was der Fischhandel gebraucht, wären Schieber, die unsere Reichsmark nach auswärts schieden; denn die Fischlandware, die bisher direkt hier eingetroffen und schlang passierte, war lahmend frisch.

Und am 3. August schreibt dasselbe Blatt:

In erster Linie preisbestimmend für die an ein und demselben Tage am Markt befindliche gleichartige Ware ist die Qualität. Je nachdem, ob es sich um Prima-, Mittel- oder geringere Qualität handelt, sind die Preise gestaffelt. Ferner hat die Bitterung einen außerordentlichen Einfluß auf die Preisbildung. An heißen Tagen sinkt die Nachfrage ganz erheblich. Der Absatz an weiter entfernt wohnende Abnehmer wird merklich geringer, weil die Fische entweder abgeteilt oder wegen der Gefahr des Verderbens auf dem Transport lieber gar nicht erst abgeschickt werden. Käuft dagegen die Temperatur, dann ist die Gefahr des Verderbens geringer, die Nachfrage und damit die Preise steigen. Weiterhin spielt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage eine maßgebende Rolle bei der Preisbildung. Treffen große Zufuhren und geringe Nachfrage zusammen, so kann ein geradezu katastrophaler Preissturz eintreten; andererseits kann großer Bedarf zu Zeiten geringer Zufuhren eine unerwartete Preissteigerung im Gefolge haben. Der Umschlag in der Nachfrage macht sich mitunter während der Auktion bemerkbar, wenn nach ihrem Beginn Anträge und Nachfragen von den anderen Seefischhändlern eingebracht, die aus anderen Preisen als die gerade gebotenen bringen und das Gefühl des Marktes vollkommen verändern können.

Ferner sinkt die Nachfrage und mit ihr die Preise bei der Unsicherheit des Marktes infolge drohender Lohnstreiks, innerer Unruhen, namentlich infolge der vielerorts vorkommenden Lebensmittelunruhen, bei Störungen im Eisenbahnverkehr etc. Bei der letzten Verderblichkeit der Ware müssen die Käufer hierauf große Rücksicht nehmen und ihre Preise danach richten.

Wenn mehrere dieser preisverhöhnenden oder -senkenden Faktoren im gleichen Sinne zusammenwirken, können sich binnen kürzester Zeit die Preise ganz unerwartet umändern. Wer daher nur einmal ausnahmsweise einen Blick in eine Seefischauktions-Preisliste wirft, sehe sie genau daraufhin an, welchen Zeitraum sie umfaßt, welche Arten Fische, Nordsee-, Ostsee-, Auslandsfische zusammengefaßt sind. In diesem Auktionspreis, den der Meeder etc., d. h. der Erzeuger an der Küste erhielt, kommen noch die hohen Kosten für Verpackung, Eis, Bahntransport, An- und Abfuhr per Boot, ferner die Unkosten und ein angemessener Verdienst der Groß- und Kleinhändler hinzu. Aus vorstehenden kurzen Darlegungen möge entnommen werden, daß mit unvermeidlichen Unsicherheiten im Fischhandel zu rechnen ist, daß der Fischhändler hierauf nicht den geringsten Einfluß hat und daß daher ein gerechtes Urteil über die Seefischpreise im Binnenlande erst nach eingehender Prüfung aller preisbestimmenden Faktoren gewonnen werden kann, die im Augenblick des Kaufs unübersehbar sind.

Der Berliner Post-Anz. schreibt an derselben Angelegenheit: „Die Preise für Seefische an den großen Hamburger und Cuxhavener Fischauktionen pendeln hin und her; sie bewegen sich für kurze Zeit in absteigender Richtung, sie senken sich etwas vor der Entladung des Publikums und vor der Störung der Nachfrage des Binnenlandes, sowie aber die Luft wieder rein ist, und „hochhaltige Gründe“ wie Eis-mangel usw. da sind, schnellen sie wieder wie ein Steinmännchen in die Höhe. Burett werden wieder Preise bezahlt, die weit höher (1) sind, als sie vor Einrichtung der Fischauktionen waren, die bekanntlich einen wesentlichen Preisabbau bringen sollten. Steinbutt, der früher 6 M. pro Pfd. kostete, kostet jetzt, wie aus Rückblick berichtet wird,

Kuppel stand ein reiner Himmel über dem goldenen Licht der Herbstsonne. Blauviolet und violette Schatten ruhten träumend in den Gassen der Vorstadt.

Frieden und Abendruhe erfüllten auch den Kirchenanger. Da kam mit hastendem Schritt Mariannette aus dem Gartenpfad und eilte auf ihre Haustür zu. Noch brannte ihr feiner, blauer Mund von den ungekühlten Lippen, die Hanns Nicolais lebende Lippen im Freudentaumel auf ihn gedrückt hatten.

Ein Freudentaumel und ein banger Begehr zugleich sah ihr in der Kehle ...

Das Ungedachte, Ungegriffene war geschehen — Hanns hatte ihr den ganzen Reichtum seines Glückes ins Ohr geblüht: nun runden Tage der höchsten Seligkeit vor ihr — voll Liebe, Vergötterung und Ruhe, bald würde sie zum letzten Mal das graue, verstaubte Büro hinter sich lassen, wo sie, verlegt und unerkannt, gelitten hatte ... das Leben des bewunderten und geliebten Mannes durfte sie teilen — seine Kunst, sein wundervolles Streben — und sein Glück ...

Wie reich war sie geworden ... wie überschüttet von ungeachteten Herrlichkeiten!

Aber der Vater! Bitter quollen die Tränen in ihrer Kehle auf — der arme unglückliche Vater ...

Wie hatte es geschehen können, daß man ihn zurückgewiesen hatte? —

Sie verdrängte das Nimmern der Feuerscheiben zu durchdringen: hinter den Primelstößen, in seinem Schmuck sah er! Sie atmete ein wenig auf — jetzt konnte sie ihn deutlich sehen: er sah still und wie träumend da, seine Augen waren ihr verloren.

Sie eilte die Treppe hinauf — warf ihren Hut auf die Erde und lief mit verzweifelter Hast zu ihm herein.

(Schluß folgt.)

7.25 M.; die teuersten kosten 12 M. Schollen, die vor Einrichtung der Auktionen 3.50 M. pro Pfund kosteten, werden heute mit 4.35 M. bezahlt. Seelische kosten anstatt 2.20 M. jetzt 2.80 M. Schellische anstatt 2.20 M. jetzt 2.60 M. Rabliau anstatt 1.75 M. jetzt 2.45 M. usw. Und diese unerhörten Preise trotz Wochensamstag. Die regelmäßig etwa zwei Millionen Pfund betragen! Das sind Preise auf den Hamburger Auktionen. Gerade das Gegenteil von dem, was die Reichsfinanzverwaltung dem Volke bei Einführung der Fischauktionen versprochen hatte, ist eingetroffen! Gätten wir doch diese Fischauktionen nicht, heißt es an der Wasserfront. Der Dimef behält uns vor ähnlichen Preissteigerungen der Reichsfinanzverwaltung!

Die erste Stadtverordnetenversammlung nach den Sommerferien findet am Freitag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Nachforderung für die Beschaffung der neuen Röntgenanlage im Stadt Krankenhaus. Ver. Vin. A. 2. Erhöhung der Gebühren für Bahrfahrten und Einleihen von Sicherungen. Ver. Vin. A. 3. Erlass einer Gebührenordnung für die Deckung von Rindvieh und Biegen durch Bullen und Regenböden. Ver. Vin. A. 4. Bürgerhaushaltsrechnung der Stadt für Gewährung eines Darlehens von 300.000 M. an die Kriegserbeimittelsiedlung G. m. b. H. Ver. Vin. A. 5. Ausbau des Landrindweges von der Schwalbacherbahn westlich bis zum befestigten Weg vom Rorhaus Chausseehaus nach dem Schläferstopf. Ver. Vin. A. 7. Neuwahl der Mitglieder der Steuerprüfungskommission. Ver. Vin. A. 7. Pensionierung zweier Angestellten. 8. Neuwahl eines Armenpflegers für das 7. Quartier des 5. Armenbezirks. 9. Anfrage der Herrn Stadtverordneten Herrmann: Würde der Magistrat geneigt sein, an die preussische Regierung folgendes dringliches Gesuch zu richten: Die Staatsregierung möchte die Fortsetzung anweisen, in allen von Wiesbaden zu erreichenden Forsten bei Holzschlägungen alles Holz bis zu 7 Zentimeter Stärke nicht wie bisher aufzufahren, sondern als Raff- und Beisholz für die wachsende Bevölkerung Wiesbadens liegen zu lassen.

Die Erlaubnis zum Tragen von Waffen. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat ihren britischen Delegierten die Erlaubnis für die Erlaubnis und Ablehnung von Erlaubnissen zum Tragen von Waffen gegeben lassen. Die Kommission unterscheidet zwischen erlaubten und nicht erlaubten Jagdwaffen. Erlaubt sind: Flinten mit einem oder drei Läufen, Büchsen und Büchsenflinten. Ferner Repetierbüchsen, sofern ihre Gesamtanzahl kontrolliert wird und 10 Prozent aller Jagdwaffen nicht übersteigt. Nicht erlaubt sind Jagdwaffen mit einer Wirtzmann. d. h. treffsicheren Tragweite von mehr als 300 Meter, ferner Jagdgewehre, die gleiches Kaliber wie Militärsgewehre haben. Grundsätzlich sollen einer Person nicht mehr als zwei Gewehre ausgestellt werden. Alle Jagdwaffen und Vorräte von Jagdmunition, deren Besitz nicht genehmigt ist, sollen von den deutschen Behörden in Verwahrung genommen werden. Die Preisdelegierten können an Eigentümer solcher in Verwahrung genommener Waffen Sondererlaubnis erteilen, die ihnen die Entnahme für einen bestimmten Zeitraum zur Teilnahme an bestimmten Jagden gestatten.

Vom Wochenmarkt. Auf dem gestrigen Wochenmarkt waren folgende Großhandelspreise notiert: Gelfpflaumen (Reineclanden) 0.70-0.80 M., Mirabellen 1.-1.20 M., Preiselbeeren, angetrocknete 0.80-1.- M., Preiselbeeren (Eier und Pfeffer) 0.10-1.- M., Stangenbohnen 1.-1.10 M., Tomaten 0.90-1.20 M. das Pfund, Einmachgurken 6.-10.- M.

Preisdruck auf den rheinischen Obst- und Gemüsemarkt. Aus Heidesheim wird dem Mainzer Anzeiger berichtet, daß auf dem dortigen und den benachbarten Obst- und Gemüse-Großmärkten in Nieder-Ingelheim und Finthen seit Donnerstag ein erheblicher Preisdruck aller Marktwaren, besonders des Obstes eingetreten ist. So wurden z. B. in Heidesheim Zwetschen, die noch tags vorher mit 1.20 M. pro Pfund bezahlt wurden, für 50-60 Pfg., Stangenbohnen (vorher 80 Pfg., bis 1 M.) für 40 Pfg. verkauft. Die Ursache des Preisdruckes ist der Rückgang der Kleinverkaufrpreise in den Städten des niederrheinischen Industriegebietes, des Hauptabgabebereiches der genannten Obst- und Gemüse-Großmärkte. Ein weiterer Rückgang der Preise, besonders der Preise für Zwetschen, Birnen und Äpfel ist infolge der freigegebenen Einfuhr ausländischer Marktwaren zu erwarten. Viele Erzeuger gehen wieder dazu über, ihre Erzeugnisse auf den hiesigen Wochenmärkten feilzubieten, was besonders auf dem letzten Freitagsobermarkt in Mainz in erfreuliche Erscheinung getreten ist. Bei reichlichem Angebot fehlten der Landwirte kaum die Preise für Zwetschen in Mainz am Freitag schließlich von 1.50 M. auf 50-60 Pfg., Birnen von 1.20 M. auf 70-80 Pfg., Äpfel von 1.40 M. auf 60-80 Pfg., Stangenbohnen von 1 M. auf 50 Pfg. usw.

Das Reichsnotopfer. Als Annahmestellen für selbstgezeichnete Kriegsgeiseln zur Einrichtung des Reichsnotopfers sind für den Bezirk des Finanzamts Wiesbaden (Stadt- und Landkreis) bestimmt worden: die Regierungshauptkasse in Wiesbaden, die Kasse des Hauptzollamts in Wiesbaden, die Kassaulische Landesbank in Wiesbaden, und ihre Filialen.

Die Reichsgetreidekasse und die Brotpreise. Die Reichsgetreidekasse wendet sich gegen die Behauptung, daß die hohen Brotpreise in der Hauptstadt auf ihre großen Ueberlässe zurückzuführen seien. Sie teilt mit: Blätter verschiedener Art hatten in der letzten Zeit Angriffe gegen die Reichsgetreidekasse gerichtet, der Ueberblickswirtschaft mit ganz ungeheuren Beträgen vorgeworfen wird. Tatsächlich macht die Reichsgetreidekasse keine Ueberlässe, muß aber einen Verlust von mehreren Millionen Mark, der aus der Einfuhr ausländischen Getreides stammt, die ungeheure Reichsverschuldung erforderlich gemacht hat und noch erforderlich. Vom 1. April bis 15. August sind für Verbilligungsaktionen drei Millionen Mark, in der Hauptstadt für Brotgetreide, zur Verfügung gestellt worden. Schuld an der Brotverknüpfung ist die Verwendung ausländischen Mehls, die sich leider angesichts der Verhältnisse nicht vermeiden läßt. Die reinen Verwaltungskosten betragen etwa 3 Pfennige für das Brot von 1900 Gramm. — Die unschuldige Reichsgetreidekasse! Nicht daß ihre Ueberlässe Schuld an den hohen Brotpreisen sind, wird behauptet, sondern daß die Verwaltungskosten, Geküster, bürokratisches System und die gesamten Kosten ihres Apparates das Brot lächerlich verteuern, ist unzählige Male nachgewiesen worden und bedarf keines neuen Beweises. Wenn die Reichsgetreidekasse mit ihrer Klubfesselpolitik noch mehrere Millionen Mark Defizit macht, das aus den Zuschüssen zur Senkung der ausländischen Getreidepreise kommt, so beweist dies in der Angelegenheit der Verteuerung des Brotes durch den Apparat der Zwangsverwaltung gar nichts. Solche „Aufklärungen“ stehen nicht mehr, sondern nachgewiesen ist, daß die Differenz zwischen dem, was die Landwirte für das Getreide erhält und dem, was die Reichsgetreidekasse wieder dafür erhält, 116 Mark pro Tonne ausmacht. Mit der letzten Ernte und unter Zugrundelegung des höheren Kornpreises ist der Landwirt an der Preisbildung des Brotes mit 50 Prozent, die Reichsgetreidekasse und ihre Schreibarbeit noch immer mit 45 Prozent beteiligt.

Stand der Auslandsdeutschen, Ortsgruppe Wiesbaden. In den jüngsten Tagen sind die ersten Entscheidungen der für das besetzte Gebiet tätigen Spruchkommission Köln über die von der Ortsgruppe Wiesbaden bearbeiteten Anmel-

dungen von Kriegsschäden im Ausland eingegangen. Weitere werden voraussichtlich bald nachkommen. Die von der Spruchkommission anerkannten Vorschläge werden nach Eintritt der Rechtskraft, wenn weder der Antragsteller noch das Reich innerhalb zweier Wochen Beschwerden einlegt, ausgeführt. Es ist auffallend, daß einzelne Geschädigte ihre Anmeldung immer noch nicht bei der Ortsgruppe eingereicht haben; andere umgekehrt aller Mahnungen mit den erforderlichen Auskünften und der Uebermittlung der nötigen Bescheinigungen und Belege zögern. Es liegt im eigenen Interesse der Geschädigten, Verzögerungen zu vermeiden.

Welches sind die ehbaren Tänzlinge? Die Tänzlinge sind eine Pilzfamilie, die in zahlreichen Arten vorkommt. Sie haben in ihren mannigfachen Formen den Hauptanteil am Pilzschimmel der Wälder, und zwar sind die meisten derselben ehbar. Stehen sie auch nicht bei den Steinpilzen und Egerlingen (Champignons) an Reinheit des Geschmacks gleich, so geben sie doch die Hauptunterlage für gute Pilzgerichte, und jeder Pilzfresser sollte sich die Tänzlinge daraufhin einmal genauer ansehen, um so mehr, da nur ein einziger Giftpilz unter dieser Spitze vorkommt, der Speisepilz oder Speisepilz, dessen Genuß Brechreiz hervorruft. Er ist aber an seiner leuchtend scharlachroten Farbe, an dem gerissenen Stiel und seinem scharfen Geschmack sofort kenntlich. Genaue Auskunft über die verschiedenen Tänzlingsarten erteilt die Tänzlingsstafette von Oberlehrer Herrmann, die unter dem Titel „Welches sind die ehbaren Tänzlinge?“ im Verlag des Pilz- und Kräuterfreunde (Deutsche Pilzblätter), Heilbronn a. M., erschienen und in allen Buchhandlungen zum Preise von 1.20 M. zu haben ist.

Die neue „Tanzmode“. Frankfurter Tanzlehrer zeigen die „Tanzmoden der Saison 1920“ an. Kein deutscher Tanz, weder der gute Walzer noch der temperamentvolle Rheinländer, ist mehr auf der Höhe zu finden. Mit Haut und Haaren hat man sich in Deutschland den ausländischen Tänzen, wenn man die Geschlechtertungen, die einem dabei abgehen werden, überhaupt so nennen will, verschrieben. Man höre und laune. Mit nicht weniger als 16 neuen Tänzen wird die Welt beglückt: Tango 1920, Bandango, Moderner Boston, Moderner One-Step, One Step-Max, Red Fox, Matasario, Marina, Stingen, Indian Rag, Le Mouli-Mouli, Roder, Roder-Debut, Holländischer Foxtrott, Tango-Boxton, Lido-Step.

Der Polizeibericht meldet wieder verschiedene Manjarden-diebstähle im Südviertel und mehrere Fahrraddiebstähle. Es wird daher auf Vorsicht gemacht.

Warnung vor einem falschen Kriminalbeamten. Die Kriminalpolizei warnt nochmals eindringlich vor einem etwa 30 Jahre alten Manne, 1.70 groß mit schmalen blauen Gesicht, schmalgeschnittener gerader Nase, blauen Augen, kleinem Mund, der dunklen Schädigung und weichen schwarzen Hut trägt. Er gibt sich als Kriminalbeamter aus und legitimiert sich durch eine Karte mit dem Namen A. Weber, er sei beauftragt, eine Durchsuchung nach falschem Geld vorzunehmen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit beschlagnahmt er eine Anzahl Geldscheine, die falsch sein sollen, und verschwindet damit auf Nummerwiedersehen. Sogestrichene Meldungen werden auf Zimmer 18 der Polizeidirektion entgegengenommen.

Bei einem Wohnungseinbruch in der Adolfsstraße wurden am Samstag nachmittags gefunden: 4 weisse kleine Damenhojen, gezeichnet A. A., ein Damenhemd mit Spitzen, gezeichnet A. A., ein reibbraunes Jadenkleid, eine schwarze Lederne Reistafel, ein ovales silbernes Medaillon, eine goldene alte Herrenschlüssel mit eingravierten Blumen auf dem Deckel, eine silberne Damenarmenuhr mit Goldrand, eine lange goldene Damemennefeste ohne Schieber, ein goldener Herrenring mit rotem Mondstein (Trauringform).

Gestohlen wurden aus dem Zimmer eines Hotels in der Adolfsstraße zwei Damentaschen aus braunem Naturleder, Größe 30x20 Zentimeter. Der Inhalt bestand aus Herren- und Damenwäsche, Strümpfen, Blusen, Rasierapparat (Willett), Militärfernglas und Glühbirne. Die Herrenwäsche ist gezeichnet mit B. M., die Damenwäsche mit T. M. — Am Güterbahnhof Süd wurde eine Kiste mit 70 Pfd. Butter, aus A. M. 18, gekohlen.

Ein großer Diebstahl wurde in der Nacht zum Samstag in dem Magazin eines Hotels in der Wilhelmstraße ausgeführt. Gestohlen wurden 60 Pfd. Reis, eine Seite Speck von 10 Pfd., eine Kiste funderierte Milch, 188 Eier, 750 Zigarren (80 Marken zu 25 Stk. La Gamba), zwei halbe Flaschen Sekt (Schwarzer Rotlauf), 32 Pfd. Zucker (kein in Einpfundstücken, braune Packung). Für die Ermittlung der Täter ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Schulden-Einbruch. Gestern nacht wurde in einem Schulsaal in der Tannstraße eingebrochen und folgende Sachen entwendet: 18 Blusen, 6 Kleider, 1 Rock, 6 Unterhosen, 12 Damen-Taschentücher, 8 Damen-Roschen, 5 Damen-Beinkleider, 1 Unterrock, 4 Herren-Überhemden, 2 Herren-Roschen, 7 Armbänder, 12 Aranen, 4 Paar Socken, 1 Schürhaken. Auf die Ergreifung der Täter sowie die Herbeischaffung der Waren ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilung auf Zimmer 18 der Polizeidirektion zu erfordern.

Standesamts-Nachrichten vom 10. Aug. Sterbefälle. Am 8. Aug.: Augustin Robert Teitens, 68 J., Kind Karl Ernst Thomsen, 14 T.; am 7. Aug.: Buchhalterin Karoline Wämer, 29 J., Ehefrau Anna Dahn, geb. Müller, 58 J., Modistin Delfestamp, ohne Beruf, 42 J., Schuhmacher Jos. Gottfried, 74 J.; am 6. Aug.: Kind Hildegard Lena, 4 M., Kind Anna Kremer, 1 J., Witwe Maria Brud, geb. Zweifel, 94 J., Kaufmann Adolf Rön, 58 J., Ehefrau Katharina Heimann, geb. Wolf, 55 J., Kind Kurt Stob, 2 T., Kind Georg Pfeiffer, 1 T.; am 5. Aug.: Privatier Wilhelm Nagel, 75 J., Kind Karl Heinz Gille, 19 M.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

„Der verzauberte Prinz“ im Kurhaus. Am Samstag gelangt die Märchenpantomime „Der verzauberte Prinz“ von Otto Höfer im Kurgarten unter persönlicher Leitung des Komponisten zur Aufführung. Das Werk wurde 1913 vom Verfasser speziell für die Naturbühne im Kurgarten gedichtet und komponiert und erregte bei den verschiedenen Aufführungen berechtigtes Aufsehen, so daß es die damalige Königl. Bühne mit Zuzug eines weiteren Aktes zur Aufführung erwirbt. In dieser Fassung wird das Werk, von Mitgliedern des Staatstheaters 121 Damen, 9 Herren und 8 Kindern am kommenden Samstag unter Regie der Balletmeisterin Frau Paula Roghanowksa im südlichen Pavillon zur Aufführung gelangen.

Die Nachfolger von Feil in Frankfurt a. M. Zum Direktor des Frankfurter Schauspielhauses wurde der bisherige Oberregisseur Richard Weichert, zum Direktor der Oper der Direktor des Stadttheaters in Basel, Dr. Ernst Perz, ernannt.

Zum angeblichen Märitzt Max Reinhardts von der Leitung der Reinhardt-Bühnen erfährt die „Allg. Ztg.“ von ihrem Berliner Vertreter, daß die Meldung der „B. Z.“ fernliegenden Möglichkeiten vorandelt. Wahr ist nur, daß Reinhardt an einen Märitzt denkt, wenn die Fortdauer der Berliner Lustbarkeitsbühnen im seine Direktionsleitung weiter erschwert.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

— Mainz, 9. Aug. Die Mainzer Herbstmesse nahm heute unter riesigem Jubel der Bevölkerung ihren Anfang. Sie ist diesmal mit Schaubuden aller Art mehr als je in früheren Jahren förmlich überfüllt. Jeder kleine Raum auf dem weiten Messegelände ist besetzt. Unter den vielen Schaubuden bemerkt man zum ersten Male neben den alten Mesbekannten, die seit Jahrzehnten unsere einheimischen Messen beleben, auch mehrere fremde Unternehmungen. Trotz der enormen Preise, die vielfach ein Zehnfaches der Friedenspreise ausmachen, war die Messe an ihrem Eröffnungstage zum Erdrücken voll besucht und der Geschäftsgang offensichtlich außerordentlich günstig. Die soliden Verkaufshände, die früher den Hauptbestandteil der Messen ausmachten, verschwinden immer mehr gegenüber den überlauten Vergnügungsbuden in den entlegenen Winkeln des großen Messegeländes. Nur der Geldstrom der neuer angelegten der reichen Oberrhein eine besondere Anziehungskraft ausübt, hält sich nach wie vor auf respektable Höhe, wenn auch hier noch mancher alte Mesverkäufer fehlt, weil die starke Nachfrage nach dem treuen Geld für ein Angebot auf Messen und Jahrmärkten kaum notwendig erscheinen läßt.

* Höchst, 10. Aug. Berichtung. Die von unserm st. Mitarbeiter gebrachte Nachricht, daß ein hiesiger Wirt wegen Verabfolgung von Alkohol an Truppen der Besatzungsarmee vom Militärpolizeigericht verurteilt worden ist, bedarf insofern der Berichtigung, als die Gesamtstrafe nur auf einen Monat und nicht auf ein Jahr lautet.

Id. Frankfurt, 9. Aug. Die bische Eisenbahnbedienete. Nicht weniger als zwölf Bedienstete der Eisenbahngesellschaft des Frankfurter Hauptbahnhofs mußten auf einen Schlag wegen gemeinsamer Diebstähle entlassen werden. — Auch bei der Güterabfertigung Frankfurter Hauptbahnhof wurden von der Eisenbahnpolizei in den letzten Tagen eine Anzahl Diebe erfaßt, die sich an Eisenbahngüter vergriffen haben. Unter den ermittelten Dieben befinden sich Eisenbahnangestellte, die in sehr guten Verhältnissen leben.

Id. Frankfurt, 7. Aug. Einstellung des Baldhahnverkehrs. In obsehbarer Zeit ist damit zu rechnen, daß der Baldhahnverkehr nach Neu-Henburg eingestellt wird, da die Bahn im vorigen Jahre allein mit einem Fehlbetrag von einer Million gearbeitet hat und in diesem Jahre ein weit höheres Defizit zu erwarten steht. Ein Gehör der Stadt Frankfurt an die Weiterführung des Baldhahnverkehrs besonders interessierte Gemeinde Neu-Henburg wurde vom Gemeinderat des Ortes mit dem Hinweis auf den leeren Ortssäckel abgelehnt. Die Gemeinde Neu-Henburg will nunmehr versuchen, einen Anschluß vom Henburger Staatsbahnhof nach der inneren Stadt zu erhalten.

Id. Heidenheim, 9. Aug. Ein verhängnisvoller Faustschlag. Beim Fußballspiel zwischen der Polizei-Mühl und der 16 Jahre alte Mühl in Streit, wobei der Mühl den jungen Menschen derart mit der Faust auf den Kopf schlug, daß er an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

Id. Bad Homburg v. d. H., 8. Aug. Kurangelegenheit. In dem Konflikt zwischen der Altengemeinschaft Bad Homburg und der Bürgerchaft hat der Magistrat auf die Entschlebung einer Bürgerversammlung geantwortet, daß eine Versprechung mit den in Frage kommenden Kreisen eine für die weitere Geschäftsführung des Kur- und Badebetriebes erfreuliche und betrieblende Lösung gefunden habe. Der Magistrat glaubt, daß sich hiernach die von der Bürgerkommission nachgesuchte Rücksprache mit dem Magistrat erkräftigen werde. Die Bürgerchaft wird nach diesem problematischen Bescheide genau so klug — und erbittert sein wie vorher.

Id. Fulda, 7. Aug. Freigelegte Ägypta. Die Arbeiten zur Ausgestaltung der freigelegten Ägypta des Domes werden in nächster Zeit aufgenommen, so daß damit zu rechnen ist, daß dieses bemerkenswerte Baudenkmal der Nachwelt erhalten bleibt.

Vermischtes.

Das staatliche Mainkraftwerk. Bekanntlich hat der preussische Staat bei der Fortführung der Mainkanalisation Offenbach-Hanau-Nassau durch Ruhrbarmachung der Mainwasserkräfte eine große elektrische Ueberlandzentrale errichtet, die den gesamten südlichen Teil des Regierungsbezirks Kassel mit Elektrizität versieht und durch eine Verbindung mit den Wasserwerken des oberen Weiergebietes ein großes elektrisches Versorgungsgebiet umschließt wird, das vom Main bis zur Weier reicht. Der Staat wird nach einer bestimmt abgegebenen Erklärung in der Lage sein, spätestens am 1. April 1921 mit der Stromlieferung aus dem Kraftwerk des Main zu beginnen. Ein Teil der Gemeinden wird aber bereits im kommenden Winter mit Strom versorgt werden können, da der preussische Staat gegenwärtig mit der Gewerkschaft Gussan in Dettingen über die Probeablieferung von Strom verhandelt. Die Gewerkschaft Gussan besitzt ein elektrisches Ueberlandwerk, von dem aus die Städte Kassel, Offenbach, Darmstadt und eine Anzahl kleinerer Orte mit elektrischem Strom versorgt werden.

Aufdeckung eines Verbeschwörungs an der dänischen Grenze. Den Beamten des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr an der dänischen Grenze war bereits seit einiger Zeit aufgefallen, daß in ständig zunehmendem Umfange dänische Pferde ohne Einfuhrbewilligung nach Deutschland eingeschmuggelt wurden. Trotz aller Bemühungen gelang es zunächst nicht, derartige Verbeschwörungen zu fassen, weil die beteiligten Schieber mit außerordentlicher Vorsicht und Geschicklichkeit zu Werke gingen. Als kürzlich ein Kontrolleur des Reichsbeauftragten durch ein ihm gemachtes unanständiges Angebot von einem neuen Schmuggelkenntnis erfuhr, sah er sich veranlaßt, sofort auf das Angebot einzugehen, um endlich einmal diesem Treiben ein Ende zu machen. Er teilte sein Vorhaben dem zuständigen Landrat mit und traf die erforderlichen Maßnahmen. Es gelang ihm, die Verbeschwörung eines größeren Transportes mit insgesamt 100 Pferden herbeizuführen. Wenn auch bedauerlicherweise für den Kontrolleur des Reichsbeauftragten dieses verdienstvolle Eingreifen unangenehme Folgen hatte, da er auf der Station in Löhndorf auf Veranlassung der betroffenen Schieber verhaftet und erst nach eingehender Vernehmung durch die dänischen Richter freigelassen wurde, so ist doch durch sein tatkräftiges Eingreifen den Schiebern ein fühlbarer Dornstachel erteilt worden, der seine abschreckende Wirkung hoffentlich nicht verfehlt.

Die Schuldenlast des Reichs: 280 Milliarden. Wie wir kürzlich mitgeteilt haben, beträgt die Schuldenlast des Reichs die ungeheure Summe von 280 Milliarden Mark. Manah einer wird sich kaum eine Vorstellung davon machen können, was diese Summe im Grunde bedeutet. Denkt man sich die 280 Milliarden aus 50-Markscheinen bestehend und fortlaufend auf beide Weile einer Eisenbahnstrecke gelegt, so könnte ein Zug der über eine Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometer verfügt, ununterbrochen Tag und Nacht nicht weniger als 296 Tage auf 50-Markscheinen fahren. Zum Anzeichen dieser Menge von 50-Markscheinen würde man bei einer Stundenleistung von 6000 Stk. und wöchentlich sechs Arbeitstagen nicht weniger als 374 Jahre gebrauchen. Hundert Personen würden 3 1/2 Jahre benötigen.

